

Faschismus oder Formierung?

Wie faschismusträchtig ist die gegenwärtige Situation?

Joachim Hösler¹

Reinhard Kühnl zufolge kennen wir bislang drei Phasen des Faschismus: Erstens die Herausbildung faschistischer Bewegungen nach dem Ersten Weltkrieg; zweitens den Faschismus an der Macht (z.B. Italien ab 1922, Deutschland ab 1933); drittens den exportierten Faschismus nach 1945. In der dritten Phase dulden bürgerliche Regierungen in den kapitalistischen Hauptländern faschistische Bewegungen und bringen Faschismus in Ländern der Peripherie des kapitalistischen Weltsystems an die Macht, um ihre geostrategischen Interessen zu sichern.² Heute stellt sich die Frage, wie groß die Gefahr ist, dass der Faschismus auch in den kapitalistischen Hauptländern an die Macht zurückkehrt. Er ist in der imperialistischen Phase des Kapitalismus entstanden und wird so lange möglich sein, wie es Monopolkapitalismus gibt.³

Vor Erörterung der Frage nach der Gefahr des Rechtsradikalismus sei an zwei Aspekte erinnert:

a) Clara Zetkin, die 1923 eine erste marxistische Analyse der Ursachen und des Wesens des Faschismus vorlegt, bezeichnet diesen als stärksten „Ausdruck der Generaloffensive der Weltbourgeoisie“. Es sei keine Revanche für proletarische Erhebungen, sondern vielmehr die „Strafe“ dafür, dass „das Proletariat nicht die Revolution, die in Russland eingeleitet worden ist, weitergeführt und weitergetrieben“ habe.⁴

b) Faschismus an der Macht heißt staatlicher Terror, massive Unterdrückung der antimonopolistischen Kräfte und sofortiger Beginn der Aufrüstung zum Krieg; die Hitler-Regierung erhöht von 1933 bis 1938 die Ausgaben für die Wehrmacht um

¹ Der Text basiert auf zwei Vorträgen am 2. Juli 2025 bei der DKP Marburg und am 18. Oktober 2025 bei der Sozialistischen Linken in Frankfurt; ich danke den dort Anwesenden für ihre Geduld beim Zuhören und für ihre anregenden Fragen und Beiträge. Der Vortrag vom 2. Juli findet sich unter <https://www.youtube.com/watch?v=QhrSkwPbuhs> (Aufruf 24.11.25); der Vortrag am 18. Oktober ist anzuhören unter <https://www.youtube.com/watch?v=9haLk4XjEUk> (Aufruf 24.11.25).

² Z.B. Griechenland 1967, Chile 1973, Argentinien 1976, Türkei 1980. Vgl. Reinhard Opitz 1974: Über die Entstehung und Verhinderung von Faschismus, in: Das Argument 87: 543-603, hier 602; Reinhard Kühnl 1983a [1971]: Formen bürgerlicher Herrschaft. Liberalismus – Faschismus, Reinbek: 159-166; Reinhard Kühnl 1983: Der Faschismus. Ursachen, Herrschaftsstruktur, Aktualität. Eine Einführung, Heilbronn: 87 ff. – Zur Relevanz imperialistischer Geostrategie siehe den Vortrag des Amerikanisten Jonas Tögel im September 2025 unter <https://www.youtube.com/watch?v=K4PV3ChaHrl> (Aufruf am 14.10.25).

³ Vgl. Dietrich Eichholtz, Kurt Gossweiler (Hrsg.) 1980 [1978]: Faschismusforschung. Positionen – Probleme – Polemik, Berlin: 14; Kühnl 1983a: 163.

⁴ Clara Zetkin 2023 [1923]: Der Kampf gegen den Faschismus. Bericht auf dem Erweiterten Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (20. Juni 1923), in: Beilage Marxistische Blätter (im Folgenden MB) 2: 1 f.

das Fünfzehnfache; im Lauf des Jahres 1933 werden ca. 200.000 Menschen verhaftet. Von den etwa 300.000 KPD-Mitgliedern werden bis 1945 zehn Prozent umgebracht, die Hälfte der Mitglieder wird Verhaftungen und Verfolgungen ausgesetzt. Im Durchschnitt gibt es in Hitler-Deutschland pro Tag sieben bis acht Hinrichtungen. Im Konzentrationslager Auschwitz ermorden Wehrmacht und SS von Anfang 1942 bis November 1944 täglich ca. sechstausend Menschen, überwiegend jüdische, kranke und alte Menschen, Frauen und Kinder. Um die Produktion, vor allem die Rüstungsindustrie, in Deutschland am Laufen zu halten, wird Zwangsarbeit eingesetzt; 1941 gibt es bereits 800.000 jüdische Zwangsarbeiter; im Spätsommer 1944 arbeiten rund 5,9 Mio. Ausländer, 1,9 Mio. Kriegsgefangene und 400.000 KZ-Häftlinge zwangsweise für deutsche Unternehmen.⁵

Zur Faschismusforschung

Es gibt eine Fülle von Theorien und Erklärungsansätzen.⁶ Das einflussreichste Erklärungsangebot ist die Totalitarismus-Doktrin. Sie ist im Kern antidemokratisch und für Linke besonders problematisch. Denn sie behauptet, Marxismus/Sozialismus und Faschismus/Nationalsozialismus seien totalitär, extremistisch und wesensgleich. Die Ideologie des Faschismus und die bürgerliche Totalitarismus-Doktrin (damit auch die vom Verfassungsschutz hochgehaltene Extremismustheorie und das Dogma der Freiheitlich-Demokratischen Grundordnung, FDGO) stimmen darin überein, Marxismus/Sozialismus als (links)-extremistisch zu diffamieren. Dagegen können in Anlehnung an das aristotelische Lob der Mitte Marxismus/Sozialismus ihrem Wesen nach als die mittlere, ethisch einzig vertretbare Handlungsmöglichkeit erkannt werden. „Der Kommunismus ist das Mittlere“, schreibt Brecht. „Der Kommunismus ist wirklich die geringste Forderung / Das Allernächstliegende, Mittlere, Vernünftige. / Wer sich gegen ihn stellt, ist nicht ein Andersdenkender / Sondern ein Nichtdenkender oder ein nur Ansichdenkender [...]“.⁷ Das Proletariat ist keine linke, am Rand der Gesellschaft agierende Kraft, sondern rekrutiert sich „aus allen Klassen der Bevölkerung. [...] Alle bisherigen Bewegungen waren Bewegungen von Minoritäten oder im Interesse von Minoritäten. Die proletarische Bewegung ist die selbständige Bewegung der ungeheuren Mehrzahl im Interesse

⁵ Günther Weisenborn 1974 [1953]: Der lautlose Aufstand. Bericht über die Widerstandsbewegung des deutschen Volkes 1933-1945, Frankfurt; Teresa Swiebocka u.a. 2015: Auschwitz-Birkenau. Vergangenheit und Gegenwart, Oswiecim; Allan Merson 2020 [1985]: Kommunistischer Widerstand in Nazideutschland, Essen; Wolf Gruner 1997: Zwangsarbeit, in: Enzyklopädie des Nationalsozialismus, hrsg. von Wolfgang Benz u.a., Stuttgart: 813 f.

⁶ Zum Überblick vgl. Opitz 1974; Reinhard Kühnl 1974: Texte zur Faschismuskritik I. Positionen und Kontroversen, Reinbek; Reinhard Kühnl 1979: Faschismustheorien. Texte zur Faschismuskritik 2. Ein Leitfaden, Reinbek; Guido Speckmann, Gerd Wiesel 2012: Faschismus, Köln; Mathias Wörsching 2020: Faschismustheorien. Überblick und Einführung, Stuttgart. – Die notwendige Kritik an Wörsching bei Phillip Becher 2023: Faschismustheorie mit fortschrittlichem Anspruch und neokonservativem Gebrauchswert, in: MB 2: 118-120.

⁷ Bertolt Brecht 1986: Die Gedichte von Bertolt Brecht in einem Band, hrsg. vom Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M.: 503 f. – Ich danke Wolf-Dieter Gudopp-von Behm für den Hinweis darauf.

der ungeheuren Mehrzahl.“⁸ Die sozialistische Revolution unterscheidet sich von vorhergehenden Revolutionen ganz wesentlich darin, dass mit ihr erstmals eine Mehrheit die bis dahin herrschende Minderheit ablöst.⁹

Der Totalitarismus-Doktrin zufolge zerstörten Rechts- und Linksextremismus die erste deutsche Demokratie und bedrohen die der Gegenwart. Ohne nach dem sozialen Inhalt und der politischen Stoßrichtung des Faschismus zu fragen, wird oberflächlich auf sechs Ähnlichkeiten zwischen Sozialismus und Faschismus verwiesen: monolithische Ideologie, hierarchische Massenpartei, Geheimpolizei, Herrschaft einer Partei, Waffenmonopol des Staates unter Kontrolle dieser Partei, Lenkung der Wirtschaft.¹⁰ Souverän werden dabei Primärquellen ignoriert, die eindeutig beweisen, dass das deutsche Großkapital sich gerade nach dem Rückschlag der NSDAP bei den Reichstagswahlen am 6. November 1932, wo sie zwei Millionen Stimmen verlor, bewusst für eine Regierung Hitlers entschied. „Als die NSDAP [...] ihren Höhepunkt überschritten hatte, wurde eine Unterstützung durch die deutsche Wirtschaft besonders dringend. [...] Das wirtschaftliche Programm Hitlers war der Wirtschaft allgemein bekannt und wurde von ihr begrüßt.“¹¹

In den 1980er Jahren war der phänomenologische Ansatz der Totalitarismus-Doktrin wissenschaftlich erledigt. Er ist nach 1990 im Kontext der gegenrevolutionären Transformation aus außerwissenschaftlichen Gründen rehabilitiert worden. Bürgerliche Medien, Parteien und Wissenschaft sprechen daher nur von „Nationalsozialismus“, zu dem das liberale Bürgertum in Opposition stehe.¹² Damit werden die Ursachen und das Wesen des Faschismus verdeckt.

⁸ Karl Marx, Friedrich Engels 1977 [1848]: Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW 4: 469 und 472 f.

⁹ Joachim Hösler 2012: Vom Traum zum Bewusstsein einer Sache gelangen – Analyse und Kritik von Macht und Herrschaft durch Karl Marx und Friedrich Engels, in: Macht und Herrschaft. Sozialwissenschaftliche Theorien und Konzeptionen, hrsg. von Peter Imbusch, 2., aktualisierte und erweiterte Auflage, Wiesbaden: 55-71, hier 65.

¹⁰ Vgl. Kühnl 1979: 122-132; Reinhard Kühnl 1999: „Totalitarismus“ versus „Faschismus“. Zu Herausbildung und Brauchbarkeit zweier wissenschaftlich-politischer Konzepte, in: Schlimmer als die Nazis? Das Schwarzbuch des Kommunismus, die neue Totalitarismusdebatte und der Geschichtsrevisionismus, hrsg. von Johannes Klotz, Köln: 80-99; Eva Berendsen, Katharina Rhein, Tom Uhlig (Hrsg.) 2020 [2019]: Extrem unbrauchbar – Über Gleichsetzungen von links und rechts, Berlin. – Zur aktuellen Bedeutung der Totalitarismus-Doktrin für die Erinnerungspolitik in den KZ-Gedenkstätten siehe Ulrich Schneider 2025: Alles für die Staatsräson. Totalitarismus-Doktrin als Fundament, in: junge Welt (im Folgenden jW), 28.11.: 12 f.

¹¹ Aus der eidesstattlichen Erklärung des Bankiers Kurt Freiherr von Schröder im Nürnberger IG-Farben-Prozeß 1947, zit. nach Wolfgang Ruge, Wolfgang Schumann 1977: Dokumente zur deutschen Geschichte, 1929-1933, Frankfurt/M.: 89 f.

¹² Siehe Ishay Landa 2024: Der Lehrling und sein Meister. Liberale Tradition und Faschismus, Berlin. – Landa beendet sein Buch mit dem bemerkenswerten Satz: „Der *wahre Sonderweg*, so scheint es, ist nicht deutsch, italienisch, spanisch oder österreichisch, sondern ein Weg des Westens.“ (351; kursiv bei Landa). Zur Einordnung Landas vgl. Phillip Becher 2025: Stamokap auf Steroiden. Zur sozialen Funktion des Schlagwortes „Faschismus“, in: MB 2: 132-137.

Anders als die bürgerliche NS-Forschung fragen marxistische Analysen nach den systemischen Ursachen und dem Wesen des Faschismus. Im Anschluss an Clara Zetkin und Georgi Dimitroff definiert die Kommunistische Internationale 1935 den Faschismus an der Macht als „offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“ (zit. nach Kühnl 1974: 58). Die wirtschaftliche und politische Krise der Weimarer Republik erscheint hier nicht als Ursache des Faschismus, sondern als Gelegenheit für bestimmte Kapitalgruppen, mit der verhassten Demokratie Schluss zu machen.

Der Bündnistheorie von Reinhard Kühnl zufolge ist Faschismus im Wesentlichen das Ergebnis eines Bündnisses zwischen faschistischer Bewegung und Kapital.¹³ Nirgends haben faschistische Bewegungen die politische Macht aus eigener Kraft erobert. Die Macht wird ihnen übertragen von den traditionellen Oberschichten in Wirtschaft, Staatsapparat und Militär, die zur Auffassung gekommen sind, dass die mehrheitliche „Stimmabgabe für monopolkapitalistische Parteien“ nicht mehr gewährleistet ist und eine faschistische Bewegung sich anbietet, „das politische Machtinteresse des Monopolkapitals“ durchzusetzen.¹⁴ Reinhard Opitz verneint Kühnls Bündnistheorie, indem er auf die „Entscheidungsfreiheit des Monopolkapitals“ verweist, überhaupt einer faschistischen Massenpartei die Macht zu übertragen oder, wenn eine solche Partei nicht verfügbar ist, „mit Hilfe des Militärs“ zur Diktatur überzugehen. (Opitz 1974: 598). Konsens besteht zwischen Opitz und Kühnl darüber, dass Faschismus zur liberalen Ordnung grundsätzlich eine alternative Form bürgerlich-kapitalistischer Herrschaft darstellt. Das bildet die aktuelle Brisanz des Problems.¹⁵

Die Erfahrung der Arbeiterbewegung und der Revolutionen seit Mitte des 19. Jahrhunderts zeigt: die Bourgeoisie lernt sehr schnell, dass die Waffen, die sie gegen den Feudalismus geschmiedet hat, sich gegen sie kehren, dass mit Hilfe der „bürgerlichen“ Freiheiten auch ihre Herrschaft kritisiert wird, weil diese entgegen den Versprechen der bürgerlichen Aufklärung nicht dem Wohle Aller

¹³ Interessen und Aktivität des Monopolkapitals in diesem Zusammenhang sind umfänglich dokumentiert, vgl. Ruge, Schumann 1977; Ulrike Hörster-Philipps 1978: Wer war Hitler wirklich? Großkapital und Faschismus 1918-1945, Köln; Kühnl 1979: 167-192; Reinhard Kühnl 1996: Deutschland seit der Französischen Revolution. Untersuchungen zum deutschen Sonderweg, Heilbronn: 91-98.

¹⁴ Zitate Opitz 1974: 588 f.; vgl. Kühnl 1979:167 ff.

¹⁵ Vgl. Kühnl 1983a; Reinhard Opitz 1999a: Liberalismus – Faschismus – Integration. Edition in drei Bänden. Band II, hrsg. von Ilina Fach und Roland Müller, Marburg: 471; Joachim Höslers 2015: Kühnl versus Opitz? Wissenschaft versus Propaganda? In: Forum Wissenschaft 3: 50 f. – Unter Herrschaft verstehe ich nach Werner Hofmann 1969: Grundelemente der Wirtschaftsgesellschaft, Reinbek: 30 f. „ein Grundverhältnis der Gesellschaft, das gekennzeichnet ist durch die Aneignung fremder Arbeitsleistung durch Nichtarbeitende“. Die Aneignung erfolgt aufgrund des Eigentums an den entscheidenden Wirtschaftsmitteln und mittels politischer, rechtlicher, militärischer usw. Herrschaftssicherung.

dient.¹⁶ Daher rührt die Tendenz, dass „die Bourgeoisie, was sie früher als ‚liberal‘ gefeiert, jetzt als ‚sozialistisch‘ verketzert [...] ihr eignes Interesse gebietet, [...] die Ruhe im Lande herzustellen“, das Parlament zur Ruhe zu bringen; um „sich ungetrübt des Eigentums“ freuen zu können, sei sie bereit, sich zu „politischer Nichtigkeit“ verdammen zu lassen, so Karl Marx aufgrund seiner Analyse des Putsches von Louis Bonaparte im Dezember 1851.¹⁷ Staaten sind Hervorbringungen der herrschenden Klassen, die ein instrumentelles Verhältnis zu den Staatsformen haben. Das Klasseninteresse des Bürgertums zielt primär auf eine liberale, nicht auf eine demokratische Ordnung. „Kapitalismus plus Liberalismus sind nicht die gleichaltrigen Geschwister, sondern vielmehr nur die ältlichen und zudem noch unfreiwilligen Taufpaten der Demokratie.“¹⁸

Unter dem Eindruck der Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg, in der dritten Phase des exportierten Faschismus, betonen Opitz und Kühnl, das Monopolkapital neige nicht grundsätzlich zu Faschismus. Es habe, so Opitz, „kein aktives Interesse an einer Beseitigung des formaldemokratisch-parlamentarischen Verfassungsstaats“, weil „politische Herrschaft, die sich auf subjektiv freiwillige Zustimmung der Beherrschten stützt, stets zuverlässiger gesichert ist als eine ausschließlich auf Gewalt gestützte.“ (Opitz 1974: 584). Dies gelte solange, wie die Interessen des Monopolkapitals gesichert durchgesetzt werden könnten. Solange werde die liberale Demokratie vom konservativen und liberalen Bürgertum geradezu glorifiziert als „Staat der Freiheit und einzig denkbare Verwirklichung der Demokratie“ (ebd.). Nur wenn alle Möglichkeiten der kapitalistischen Integration nonkonformer, kritischer Kräfte gescheitert seien, werde das Monopolkapital im Faschismus eine Alternative suchen, mit anderen Worten: wenn die bürgerlichen Parteien, die im Interesse des Monopolkapitals regieren, ihre Massenbasis verlieren, bei Wahlen keine Mehrheiten mehr bekommen und keine demokratische Option mehr sehen, ihre Programme zu realisieren. Das „Versagen [...] aller Instrumente der monopolkapitalistischen Integration [...] ist die akut faschismusträchtige Situation.“ (Ebd.: 588).

Das Konzept des Radikalierten Konservatismus

Am Beispiel der ersten Präsidentschaft Donald Trumps (2017-21) und der Regierungsphasen des österreichischen Bundeskanzlers Sebastian Kurz

¹⁶ Zur Verheißung der liberalen Aufklärung, die über die bürgerlich-kapitalistische Ordnung hinausweist, siehe Werner Hofmann 1979: Ideengeschichte der sozialen Bewegung (unter Mitwirkung von Wolfgang Abendroth und Iring Fetscher), Berlin, New York: 8-13. Vgl. Joachim Höslers 2025: Vorwort, in: Margit Dautermann-Hauck: Ehe die Spuren völlig verwehen... Kolonistenschicksale im Südosten Europas, hrsg. von Joachim Höslers mit Beiträgen von Wolfgang Kessler, Hamburg: 11-22, hier 11-17.

¹⁷ Karl Marx 1978 [1869]: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: MEW 8: 111-207, hier 153 f. Vgl. Höslers 2012: 62.

¹⁸ Reinhard Opitz 1999: Liberalismus – Faschismus – Integration. Edition in drei Bänden. Band I, hrsg. von Ilna Fach, Marburg: 156-159. Vgl. Phillip Becher 2024: Krise des Herrschaftssystems und Rechtsentwicklung. Historische Erfahrungen und theoretische Abwägungen für die politische Praxis, in: Z 140: 32-42.

(Dezember 2017-Mai 2019 mit der FPÖ; Januar 2020-Oktober 2021 mit den Grünen) hat Natascha Strobl das Konzept des „radikalierten Konservatismus“ entwickelt. Es geht um das Phänomen, dass konservative bürgerliche Politiker mit faschistischen Methoden die bürgerliche Demokratie untergraben. Strobl charakterisiert den radikalierten Konservatismus mit sechs Merkmalen.¹⁹

Erstens der „bewusste Regelbruch“: Die parlamentarisch-repräsentative Demokratie nimmt für sich in Anspruch, rechtsstaatliche Vorgaben, formelle und informelle Regeln besonders zu beachten. Dies nutzt radikalisierter Konservatismus für sich. Um den Schein des Neuen, der Entschlossenheit und des Unangepassten zu erwecken und um permanent mediale Aufmerksamkeit zu erzeugen, werden gezielt Regeln verletzt; Spießer und Vertreter des Establishments sind immer die Anderen (41-52). Strobl geht nicht darauf ein, dass der Regelbruch auch in der Außenpolitik zur Regel wird. Das ist nichts gänzlich Neues im Imperialismus, bekommt aber mit dem radikalierten Konservatismus, der unverhohlen lügt, seine Interessen gewaltförmig verfolgt und dabei offen auf faschistisches Potential setzt, eine neue Qualität.²⁰

Zweitens „Polarisierung“: Freund-Feind-Denken ist Gift für eine liberale Demokratie. Radikalisierter Konservatismus versprüht dieses Gift mit Vergnügen. In den USA werden „thugs“ (faule, gewaltbereite Männer) gegen „hard working people“ ausgespielt, in England sind es „chavs“ (brutale, schädliche Prolls), die mit kollektiven Zuschreibungen diffamiert werden. Solche Zuschreibungen sind der Türöffner für Rassismus und Hass. Den ins Visier genommenen Gruppen wird die Zugehörigkeit zur Gesellschaft abgesprochen. Die Gefahr, die vom Anderen ausgehe, wird überzeichnet. Im Kampf von Gut gegen Böse soll jedes Mittel als legitim erscheinen. Die politische Auseinandersetzung wird moralisch aufgeladen und zum Verteidigungskrieg stilisiert. Black-Lives-Matter-Bewegung und eine diffuse „AntiFa“ werden als Terrorgefahr dargestellt. Radikalisierter Konservatismus hält „ein fiktives Bedrohungsszenario“ bereit, ein diffuses Feindbild, in das alles hineinprojiziert und das jederzeit aktiviert werden kann. Die sozialen Konflikte der kapitalistischen Gesellschaft werden damit ethnisiert und verschleiert (53-73).

Drittens „Führungspersonen“: Alle Formen der Demokratie brauchen Institutionen, um politische Konflikte im öffentlichen Raum auszutragen; in der bürgerlichen Demokratie sind dies vor allem Parteien, Verbände und Körperschaften. Indem der radikalierte Konservatismus vermeintlich starke Persönlichkeiten in den Vordergrund schiebt, ihnen beinahe religiösen Status verleiht und sie unangreifbar

¹⁹ Natascha Strobl 2021: Radikalisierte Konservatismus. Eine Analyse, Berlin; in diesem Abschnitt Seitenangaben im Text.

²⁰ Vgl. L.L. Matthias 1964: Die Kehrseite der USA, Reinbek bei Hamburg; Bernd Greiner 2021: Made in Washington. Was die USA seit 1945 in der Welt angerichtet haben, München; Jörg Kronauer 2022: Der Aufmarsch – Vorgeschichte zum Krieg. Russland, China und der Westen, Köln; Jörg Kronauer 2025: Die Politik des Regelbruchs, in: jW, 24.-26.12.: 9.

machen will, untergräbt er demokratische Kontrolle und Einhegung politischer Macht. In der FPÖ, so Strobl, gebe es auf Bundesebene seit 1986 kaum noch einen regulären Vorsitzwechsel, sondern nur noch putschartige Übergänge. Kurz habe immer wieder klar gemacht, dass er der Partei nur zur Verfügung stehe, wenn er „volle Durchgriffsrechte und die Oberhoheit bei Personalentscheidungen und in Budgetfragen“ habe. Mit Trumps Aufstieg nach seiner Loyalitätserklärung am 3. September 2015 gegenüber den Republikanern sei der Abstieg der Partei verbunden. Wer Trump kritisiert, wird abgestraft. Die führenden Republikaner folgen ihrem Erlöser blind und würden nicht zögern, die Fundamente des bürgerlichen Staats zu unterminieren. Strobl sieht hier eine Anknüpfung an Carl Schmitts Modell der „identitären Demokratie“, in der eine geistige Einheit zwischen Führenden und Geführten angestrebt wird. Daher versuchen Trump und Kurz sowie andere Vertreter des radikalisierten Konservatismus, einen Dialog auf Augenhöhe zu vermeiden; sie funktionieren nur als Erlöser oder Opfer, nicht als Gesprächspartner auf Augenhöhe (74-90).

Viertens „Angriff auf die Institutionen“: Die Einrichtungen, die eine bürgerliche Gesellschaft zu ihrer Funktionsweise braucht, werden attackiert. Obwohl die Vertreter des radikalisierten Konservatismus dank des Systems aufgestiegen sind, gerieren sie sich als dessen Opfer. Unter dem Vorwand, das Establishment zu bekämpfen, werden der Sozialstaat weiter abgebaut, der Justizapparat geschwächt, das Parlament abgewertet und Medien, wo sie noch differenziert berichten, angegriffen (91-109). Strobl betont hier zu wenig, wie sehr dies den Interessen der Nutznießer des Monopolkapitalismus entspricht.

Fünftens „Politik im permanenten Wahlkampfmodus“: Radikalisierte Konservatismus betreibe eine „Aufregerproduktionsmaschine“ und verwische damit die Unterschiede zwischen Wahlkampf und politischem Alltag. Da er ohnehin Probleme nicht lösen will, sondern instrumentalisiert, bleibt radikalisierte Konservatismus im Angriffsmodus. Das Performative steht im Vordergrund. Die Online-Medien sind dafür das ideale Mittel; sie werden geflutet. Steve Bannon empfahl in seiner Rolle als Berater Trumps, sie mit Scheiße zu fluten, um das zu verhindern, was Demokratie und menschenfreundliche Politik brauchen: lösungsorientierte Kommunikation. Für die Vertreter des radikalisierten Konservatismus und profitorientierte Medienunternehmen ist das eine Win-Win-Situation (110-123).

Sechstens „Parallelrealitäten“: Dass Versprechen nicht erfüllt werden, dass gelogen und betrogen wird, gehört zur bürgerlichen Gesellschaft seit ihrer Entstehung. Es dürfte sonst seit dem 19. Jahrhundert keine Soziale Frage, keine Benachteiligung der Frau, keine Sklaverei geben.²¹ Üblicherweise sind Lügen und Betrug in der bürgerlichen Gesellschaft mit Scham und Sanktionen verbunden. Nur wer, wie z.B. Helmut Kohl, sich jahrzehntelang engagiert habe „für die

²¹ Hösler 2025, 11-17.

staatliche Gemeinschaft auf allen Ebenen der Politik“, könne sich „Rechts- und Verfassungsbruch“ leisten, weiß man auf dem Flaggschiff des deutschen Konservatismus, der FAZ: die „Größe des Kanzlers“ erlaube es, sich „gelegentlich über die für alle geltenden Regeln hinweg[zu]setzen. Das können solche des Anstands sein oder auch geltendes Recht. Wer regiert, der lotet eben Grenzen aus.“²² Radikalisierte Konservatismus holt die Lüge aus der Schamzone und macht sie zur Normalität. Mit Regelbruch und Verlogenheit wird geprahlt. Aussagen verlieren die Funktion, sinnhaft zu sein. Trump identifiziert sich nicht mit Antisemiten und Rassisten, sagt aber, er finde es gut, dass sie „unser Land lieben“. Es geht darum, „Leidenschaften zu bedienen“ und mit fiktiven Problemen von den durch den Kapitalismus verursachten Verwerfungen abzulenken, die der Masse der Bevölkerung das Leben erschweren (124-134).

Ein siebtes Merkmal füge ich hinzu: Massenmobilisierung. Wie Faschismus sucht auch radikalisierte Konservatismus, Massen zu mobilisieren. Konservatismus beruhigt und verspricht, die Probleme zu lösen, wenn er den Regierungsauftrag bekommt: die Rente ist sicher! Der vom radikalisierten Konservatismus imaginierte Erlöser aber ist bedroht, braucht Unterstützung. Daher ruft Trump zum Sturm auf das Kapitol auf, daher beschwört Höcke die Anhänger, sie würden gebraucht gegen die Trägheit der eigenen Abgeordneten, gegen die Antifa, gegen den „linken Mob“ usw.

Strobl betont: radikalisierte Konservatismus ist kein neues Phänomen.²³ Nach dem Ersten Weltkrieg gab es konservative Kräfte, welche die Dynamik der in Russland begonnenen sozialistischen Revolution einhegen und die Errungenschaften der Novemberrevolution in Deutschland revidieren wollten, dabei auf faschistische Kräfte stießen und deren Methoden übernahmen (135-140).²⁴ Heute handle es sich um ein Symptom der bürgerlichen Gesellschaft, „deren Eliten geglaubt haben, die Party gehe einfach immer weiter“, die aber erkennen müssen, dass sie die von ihnen verursachten Probleme mit immer größerem Aufwand managen müssen (147f.). Wie ist hier die AfD einzuordnen?

Die vorgebliche Alternative für Deutschland

Die epochale Krise, in der wir uns befinden, wird von fünf Großproblemen geprägt: Aufrüstung und Krieg, Klimanotstand, soziale Ungleichheit, Fluchtbewegungen und Rechtsradikalismus. Was hat die AfD dazu zu sagen?

²² Reinhard Müller 2017: Kohl – der Meister kann die Form zerbrechen, in: FAZ, 20.6.: 8; vgl. Klaus Weber 2018: Resonanzverhältnisse. Zur Faschisierung Deutschlands, Regensburg: 326 f.; Klaus Weber 2025: Kampfblatt des autoritären Liberalismus. Die Frankfurter Allgemeine als Wegbereiterin der „Kriegstüchtigkeit“, Hamburg.

²³ „In historisch unruhigen Zeiten entstehen in konservativen Kreisen Faschisierungsdynamiken inner- und außerhalb des Parlaments.“ Strobl 2021: 143.

²⁴ Reinhard Kühnl 1993: Die Weimarer Republik. Errichtung, Machtstruktur und Zerstörung einer Demokratie. Ein Lehrstück. Überarbeitete Neuauflage, Heilbronn: 31 ff., insbesondere 113-120.

Ad 1) In ihrem Wahlprogramm 2025 folgen auf das formale Bekenntnis zur UN-Charta von 1948 die Forderungen nach der Wehrfähigkeit Deutschlands, einer Außenpolitik in „deutschem Interesse“, einem „Europa der Vaterländer“ sowie nach einer strategischen Autonomie Europas mit einem europäischen Militärbündnis und der NATO. Die Zeitenwende von Scholz und der Hochrüstungskeynesianismus von Merz werden von rechts kritisiert: Es gebe zu wenig Konsequenzen. Es müsse ein leistungsfähiger Militärisch-Industrieller Komplex (MIK) aufgebaut werden. Die Bundeswehr müsse auf allen Gebieten massiv gestärkt und „ideell revitalisiert werden“. Daher fordert die AfD mehr „Korpsgeist“, „Traditionen und deutsche Werte“, „militärisches Liedgut und Brauchtum“, selbstverständlich: Wehr- und Ersatzdienst (86-96).²⁵

Ad 2) Der Anteil des Menschen an der globalen Erwärmung sei wissenschaftlich ungeklärt. Die Klimapolitik richte sich gegen „das Volk“, erzeuge Angst und bedrohe unsere Freiheit. Es gebe keinen Grund, auf die Nutzung fossiler Energie zu verzichten. Daher: Ausstieg aus dem Pariser Klimaabkommen von 2015, keine weitere Nutzung von Wind- und Sonnenenergie. Die AfD setzt auf motorisierten Individualverkehr (MIV) und marktwirtschaftliche Lösungen mit den profitorientierten Energiekonzernen (42, 77-80).

Ad 3) Das Niveau der Rente soll erhöht werden auf gut 70 Prozent des letzten Nettoeinkommens; wie das erfolgen soll, das verrät das Programm nicht. Die AfD plädiert im Widerspruch zu der netten Forderung nach Rentenerhöhung für weniger staatliche Daseinsvorsorge und mehr Eigenverantwortung der Bürger:Innen. In diesem Sinne auch die ganz systemkonforme Befürwortung der Freiheit des Unternehmertums, der Stärkung des Wirtschaftsstandortes und des Leistungsprinzips. Den Solidaritätszuschlag für die Besserverdienenden (monatliches Brutto über 6.600 €) sowie Vermögens- und Erbschaftssteuern lehnt die AfD ab (10-25, 60). In der letzten Legislaturperiode brachte sie kaum eigene sozialpolitische Initiativen ein und stimmte meist den Gesetzentwürfen von Union und FDP zu.²⁶

Ad 4) Während der letzten Merkel-Regierung 2017 bis 2021 stimmte die AfD im Bereich Inneres in fast zwei Dritteln der Fälle den Anträgen der Union und der SPD zu. Die AfD will abschaffen, was Menschen in Not hilft. Seenotrettung im Mittelmeer und Proteste gegen Abschiebung sollen unterbunden, das internationale Recht sowie das individuelle Asylrecht weiter eingeschränkt werden.

²⁵ Die hier im Text angegebenen Seitenzahlen beziehen sich auf das Wahlprogramm der AfD „Zeit für Deutschland. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 21. Deutschen Bundestag“, das beim Parteitag in Riesa Januar 2025 „einstimmig“ beschlossen wurde.

²⁶ Tilo Gisbers, Ulrich Peters 2020: Abstimmungsverhalten der AfD im Bundestag. Studie im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung: 7-10. – Verbunden ist die AfD auch mit der 1998 gegründeten, marktradikalen Hayek-Gesellschaft, welche die Austeritätspolitik des argentinischen Präsidenten Milei unterstützt; siehe <https://www.ipg-journal.de/regionen/lateinamerika/artikel/mileis-kreuzzug-7585/>; https://lobbypedia.de/wiki/Friedrich_A._von_Hayek_-_Gesellschaft (Aufruf 8.8.2025)

Die Devise lautet: Abschotten, „Rückführungsoffensive“ (S. 106), „Remigration“ (S. 101).

Ad 5) Wie der bundesdeutsche Repressions- und Justizapparat, die bürgerliche Politik und Medienwelt sowie die bürgerliche Gesellschaftswissenschaft vertritt auch die AfD das antidemokratische Totalitarismuskonzept. Faschismus und Sozialismus werden gleichgesetzt, die DDR als „zweite deutsche Diktatur“ diffamiert. Aus Sicht der AfD wird der Linksextremismus, der „blanke Gewalt, Angst und Terror verbreitet“, zu wenig bekämpft. Antifaschisten gelten als Terroristen (120f.). Seit die AfD im Bundestag sitzt, wird auch im Hohen Haus regelmäßig blanker Hass gegen Sozialisten verbreitet; die Fraktion der Linken wird aufs Übelste beleidigt und angebrüllt, sie habe nichts im Bundestag verloren. Frank Deppe schreibt zu Recht, hier manifestiere sich die „Mentalität der Freikorpsmörder“.²⁷ Der Inhalt der Hasstiraden entspricht allerdings weitgehend dem bürgerlichen Geschichtsbild, wie wir es in Schulbüchern und Angeboten der Bundeszentrale für Politische Bildung finden: Sozialismus sei verbrecherisch, die Linkspartei Nachfolger der SED, die DDR „die zweite verbrecherische sozialistische Diktatur auf deutschem Boden“ usw. Es sind die hasserfüllten Spitzen und Schlussfolgerungen, mit denen die AfD über den bürgerlichen Antikommunismus hinausgeht, wenn behauptet wird, die Linke rekrutiere sich aus NSDAP und Gestapo, die Stasi regiere in Deutschland mit und die Linke habe im Bundestag „nichts verloren“.²⁸ Zu erinnern ist: zum 25. Jahrestag des Mauerfalls durfte Wolf Biermann im Bundestag auf Einladung des Bundestagspräsidenten Norbert Lammert (CDU) die Linkspartei verspotten und ihre Fraktion als „Drachenbrut“ und „reaktionär“ beschimpfen. Angela Merkel, Sigmar Gabriel und Norbert Lammert bedankten sich nach und unter dem begeisterten Beifall der bürgerlichen Fraktionen ausdrücklich und sehr herzlich bei Biermann.²⁹ Das war drei Jahre, bevor die AfD in den Bundestag einzog.

Festzuhalten ist, dass die AfD für die fünf aktuellen Großprobleme keine Linderung oder Lösung zu bieten hat. Sie instrumentalisiert die Probleme lediglich und verbreitet Rassismus und Hass, indem sie das Politische und Soziale ethnisiert. Sie geht die Probleme von rechts an und verlangt infolgedessen mehr Aufrüstung und umfassendere Militarisierung, das Ende der Klimapolitik und die Fortsetzung des fossilen Energiepfades; sie unterstützt eine Steuerpolitik, welche die soziale Ungleichheit vergrößert; sie will mehr Abschottung und Abschiebung;

²⁷ Frank Deppe 2021: Sozialismus. Geburt und Aufschwung – Widersprüche und Niedergang – Perspektiven, Hamburg: 16.

²⁸ So der AfD-Abgeordnete Brandner, zit. nach Deppe 2021: 16. Vgl. die bemerkenswerte Kritik an den bürgerlichen Parteien aufgrund ihrer Niveaulosigkeit und Häme gegen Linke sowie den ausdrücklichen Respekt vor der Linkspartei bei Roger Willemsen 2016 [2014]: Das Hohe Haus. Ein Jahr im Parlament, Frankfurt.

²⁹ Vgl. Heiko Werning 2014: Zentrum für politische Hässlichkeit, in: taz, 7.11.; Frank Capellan 2014: Biermann überzieht im Bundestag, Deutschlandfunk Kultur, 7.11.; Video zum Auftritt Biermanns unter <https://www.youtube.com/watch?v=kUheTVZTPNI> (Aufruf 24.12.2025).

sie diffamiert noch aggressiver, als dies die bürgerlichen Kräfte tun, sozialistische Parteien, Bewegungen und Akteure.

Die AfD erweckt den Schein, Systemopposition zu sein, in Wirklichkeit ist sie eine Systempartei. Hervorgegangen aus unzufriedenen Kreisen der CDU und der FAZ manifestiert sich in dieser Partei ein radikalisierte Konservatismus, wie ihn Natascha Strobl definiert. Die AfD nimmt dabei fünf Funktionen wahr:

Erstens sorgt sie dafür, dass Unzufriedene nicht links wählen und nicht systemkritisch werden, sondern rechts wählen und systemkonform bleiben.

Zweitens verschleiert die von der AfD besonders aggressiv betriebene Ethnisierung des Sozialen die Widersprüche des Kapitalismus und erschwert die Formulierung antikapitalistischer Kritik.

Drittens fungiert die AfD als parlamentarischer Arm faschistischer Bewegungen, sie stärkt das faschistische Potential in der Gesellschaft und setzt damit das demokratische Potential, nonkonforme und systemkritische Menschen zunehmend unter Druck.

Viertens gibt sie den älteren bürgerlichen Parteien, die seit Langem die Außenpolitik militarisieren und Sozial- und Demokratie-Abbau betreiben, die Möglichkeit, sich als Verteidiger des Rechtsstaats und der Demokratie darzustellen und sich aus der Schusslinie einer allzu berechtigten Kritik zu verdrücken.

Fünftens bietet sie sich als Reserve für Regierungsbildungen an, wenn die sogenannten „Altparteien“ keine Mehrheiten mehr zustande bringen.

Das Konzept der Formierten Gesellschaft

Reinhard Opitz lehrt uns, mit dem Begriff der Formierung die dem Monopolkapitalismus wesenseigenen Prozesse zu erfassen, welche die Funktion haben, die bürgerliche Demokratie als Herrschaftsform zu erhalten und so zu gestalten, dass trotz Wahlen und Regierungswechsel im Wesentlichen im Interesse des Monopolkapitals gegen Mehrheitsinteressen regiert werden kann. Formierung der Gesellschaft bedeutet nach Opitz kapitalistische Integration und erheischt „die Anpassung des Staates [...] an den Willen oder das Interesse der herrschenden Minorität“ sowie „die sozialpsychologisch-politische Einbeziehung der einzelnen Volksschichten in den Herrschaftswillen des Staates.“³⁰

Der von Opitz geprägte Begriff der Formierung geht auf das Leitbild der Formierten Gesellschaft zurück, welches Bundeskanzler Ludwig Erhard (CDU) beim 13. Bundesparteitag der CDU am 31. März 1965 zum ersten Mal vorstellte. Maßgeblich erarbeitet war das Konzept zusammen mit Rüdiger Altmann, der 1954 von Wolfgang Abendroth in Marburg promoviert worden war (Altmann war der erste Assistent Abendroths von 1951 bis 1956; Hans Manfred Bock zufolge stellte

³⁰ Opitz 1999: 347-349. Vgl. Daniel Bratanovic 2012: Das kapitalistische Integrationsproblem bei Reinhard Opitz – Besichtigung einer Unvollendeten, in: MB 1: 66-73. – Dieses Heft der MB widmet sich schwerpunktmäßig der Würdigung des marxistischen Sozialwissenschaftlers und Faschismusforschers Reinhard Opitz (1934-1986). Zu dessen Bedeutung siehe auch Becher 2024.

er den „personifizierten Widerspruch zu den verfassungspolitischen Thesen seines Chefs“ dar).³¹ Weitere Ideengeber waren der 1889 geborene, 1934 in die USA emigrierte konservative Politikwissenschaftler Götz Briefs und der 1901 in Wien geborene, 1938 in die USA emigrierte Konservative Eric Voegelin, der nach seiner Rückkehr in die BRD bis zu seiner Emeritierung 1969 an der Ludwig-Maximilian-Universität München Politikwissenschaft lehrte.³² Von Voegelin stammt die klare Ansage, was komme, wenn die Formierung der Gesellschaft nicht gelinge: „dann bleibt als Alternative nur die Einsetzung eines Unternehmers für den Gesamtbetrieb – und das heißt der Übergang von einer politischen Demokratie zu irgendeiner Form autokratischer oder totalitären Regimes.“ Opitz zitiert und kommentiert dies in einem Vortrag 1966, hier werde eine „neue Dolchstoßlegende“ vorbereitet, indem den Gewerkschaften und anderen Kräften, die an der Demokratie festhalten wollten, offen gedroht werde, selbst schuld zu sein, wenn wegen ihrer Integrationsverweigerung die Demokratie ganz abgebaut werden müsse.³³

Kurzfristig wollte Erhard die Folgen sinkender Wachstumsraten abfedern und die sich abzeichnende Wirtschaftskrise, die im Vergleich zur heutigen Rezession harmlos anmutet, möglichst gut bewältigen.³⁴ Langfristig ging es ihm „um die Fortgestaltung unserer Lebensordnung“, also darum, „mit vorurteilslosem Blick auf unsere Geschichte die Zukunft Deutschlands zu gestalten.“³⁵ Mit Geschichte meint Erhard vor allem die „Niederlage von 1945“, die er wiederholt als „Zusammenbruch Deutschlands“ bezeichnet. (Erhard 1965: 7, 13 und 25). Im Ergebnis dessen habe das „deutsche Volk“ erkannt, dass „die rücksichtslose Verfechtung von Eigeninteressen auf Kosten aller anderen am Ende auch die eigenen Ziele gefährdet“; alle großen Organisationen und Verbände hätten sich daher bewusst „unter die Autorität des Staates gestellt.“ (Ebd.: 30).

Erhard lässt keinen Zweifel, dass es ihm um eine langfristige Globalstrategie geht; er verfolgt ein „großes Ziel“, will „große Gemeinschaftsaufgaben“ bewältigen, um „Deutschlands Platz in der Spitzengruppe der Industrienationen der Welt zu halten“. (Ebd.: 27, 33, 41). Demnach geht es um innen- wie außenpolitische Ambitionen Deutschlands, das auch wieder Vorbildfunktion wahrnehmen könne für

³¹ Siehe Wolfgang Hecker, Joachim Klein, Hans-Karl Rupp (Hrsg.) 2001: Politik und Wissenschaft. 50 Jahre Politikwissenschaft in Marburg. Band 1: Zur Geschichte des Instituts, Münster: 114 und 352.

³² Reinhard Opitz 1965: Der große Plan der CDU: die „Formierte Gesellschaft“, in: Blätter für deutsche und internationale Politik (im Folgenden Blätter) 9: 750-777, hier 754.

³³ Opitz 1999a: 28; vgl. Opitz 1965: 768.

³⁴ Georg Fülberth 1983a: Leitfaden durch die Geschichte der Bundesrepublik, Köln: 56 ff.

³⁵ Ludwig Erhard 1965: Die Formierte Gesellschaft. Ludwig Erhards Gedanken zur politischen Ordnung Deutschlands. Reden und Interviews des Bundeskanzlers und bemerkenswerte Stellungnahmen, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, o.O.: 7-17.

Europa und für „die wirtschaftliche und soziale Entwicklung anderer Völker“. (Ebd.: 10 f.).

Für Erhard bildet die formierte Gesellschaft das geeignete Mittel gegen die Herausforderung des Sozialismus und gegen die aus seiner Sicht schwer kontrollierbare Vielfalt egoistischer Ansprüche in der bürgerlichen Demokratie. Zwar sei die deutsche Gesellschaft – dank des Faschismus? Erhard spricht das so nicht aus, aber seine Argumentationslogik legt es nahe – „keine Klassengesellschaft mehr“, sondern eine „Leistungsgemeinschaft“. Aber eine weitere Formierung der Gesellschaft sei notwendig, sie müsse „den Sozialismus [...] ideologisch und politisch aufzehren.“ (Ebd.: 8, 11, 29 und 32). Erhard schwebt ein koordiniertes Zusammenwirken des Staates, der Unternehmen und der Gewerkschaften vor, um bestehende Interessengegensätze auszugleichen, und um das zu stärken, was er unter Gemeinschaftsbewusstsein und solidarischem Miteinander versteht; die Gesellschaft müsse lernen, sich als Ganzes zu begreifen und als Einheit politisch zu entscheiden; sie mag noch „pluralistisch genannt werden, so ist sie [...] vielmehr auf dem Wege zur Integration. In dieser Integration liegt die Zukunft unserer Demokratie.“ (Ebd.: 26).

Indem er das Konzept erklärt und dafür wirbt, verdeutlicht Leo Schütze in einem Kommentar am 15. Mai 1965, es gehe Erhard um die „Integration der befestigten Gruppen in den Staat, um ihre Bindung an das Gemeinwohl, um die Überwindung der zerstörerischen Kräfte des Pluralismus weltanschaulicher und verbandsorganisatorischer Prägung.“³⁶ Erhard selbst betont in einem Interview im Juni 1966, man müsse „die heutigen Probleme des Pluralismus in den Griff“ bekommen. „Dann werden wir nicht [...] weiter über unsere Verhältnisse leben. [...] Denn die großen Aufgaben einer modernen Industriegesellschaft müssen erfüllt werden!“³⁷ Erhard negiert damit die für die bürgerliche Demokratietheorie zentrale Bedeutung des Pluralismus (nach Ernst Fraenkel) und begibt sich in die Denktradition von Carl Schmitt, in der sich auch die AfD bewegt.³⁸ Was Erhard als „Gemeinwohl“ beschwört, ist für Opitz „identisch mit den wirtschaftlichen und politischen Interessen der großen Industriekonzerne und der ihnen interessenmäßig verbundenen Großbanken“³⁹, anders ausgedrückt: „Vermarktwirtschaftlichung der Gesellschaft“ und „Verabsolutierung der

³⁶ Zit. nach Erhard 1965: 42; vgl. Opitz 1999a: 17. – In einem weiteren Kommentar vom 1.9.1965 unterscheidet Schütze einen Pluralismus der politisch-administrativen Ordnung, den er befürwortet, und einen Pluralismus der Gesellschaft, der einghegt, strukturiert und letztlich überwunden werden müsse: die formierte Gesellschaft sei „eine sozial-strukturierte Gesellschaft, nicht eine chaotisch-individualistische Interessengesellschaft.“ Zit. nach Erhard 1965: 55.

³⁷ Zit. nach Georg Fülberth 1983b: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Quellen und Dokumenten. Zweite, durchgesehene und erweiterte Auflage, Köln: 254-256.

³⁸ Siehe Wolfgang Gessenharter 2016: Gegen 1789, gegen 1968 – Die AfD ist dabei, zum parlamentarischen Arm der neuen Rechten zu werden, in: SZ, 24.8.; vgl. Becher 2024: 42.

³⁹ Reinhard Opitz 1966: Elf Feststellungen zur Formierten Gesellschaft, in: Blätter 3: 190-197, hier 193.

Marktwirtschaft“. (Opitz 1965: 761 f.). Offen spricht Erhard aus, dass dies für die Lohnabhängigen bedeute, mehr zu arbeiten und weniger vom Staat zu erwarten. Es sei vordringlich, „die Sozialpolitik von überflüssigem Gestrüpp zu befreien“ (Erhard 1965: 13 und 20) und mehr zu tun, um „die Ergiebigkeit unserer Arbeit zu steigern“ (ebd.: 34), das heißt, mehr aus den Lohnabhängigen herauszuholen, deren Wochenarbeitszeit um zwei Stunden erhöht werden sollte, ohne Lohnausgleich. (Fülberth 1983a: 57).

Wohin die Globalstrategie mit der „Entschlackung der Demokratie“ (Opitz 1965: 761) führt, war Opitz klar. Stets betont er, wie wichtig es sei, Formierung und Faschismus zu unterscheiden. Formierte Gesellschaft sei nicht die Diktatur; diese sei „die angedrohte Alternative für den Fall, daß sich die Gesellschaft nicht freiwillig – Erhard würde sagen: aus Einsicht – so verhält, als hätte sie einen Diktator über sich, der sie gleichschaltet.“ (ebd.). In seinen 1966 erschienenen „Elf Feststellungen zur Formierten Gesellschaft“ schreibt Opitz, Formierung führe zu einem neuen Faschismus: „Der Weg in die Formierte Gesellschaft ist ein Schleichweg zu einem modernen, den Bedingungen der heutigen Zeit angepaßten Faschismus.“ (Opitz 1966: 196). Anders als 1933 solle die liberale Demokratie „diesmal nicht weggeputzt“, sondern „auf eine der Bevölkerung möglichst nicht bemerkbare, eben ‚modernere‘ Art wegmanipuliert werden“, so Opitz in einem Vortrag im gleichen Jahr (zit. Opitz 1999a: 34). Auch in seinem 1974 erschienenen Artikel „Über die Entstehung und Verhinderung von Faschismus“ verweist Opitz auf die Differenz zwischen Formierung und Faschismus; dieser fungiere als Drohung, werde aber nicht akut, solange „noch eine hinreichende Massenbasis für die Beherrschung des Staats im Rahmen der formaldemokratischen Verfassung“ zu sichern sei und „noch nicht alle Formierungsvarianten dieser Herrschaftsform ausgeschöpft sind.“ (Opitz 1974: 595). In einem Vortrag 1979 hebt er hervor, den Übergang zu dieser „Sonderform seiner Herrschaft“ – Faschismus⁴⁰ – betreibe das Monopolkapital dann, „wenn ihm die Durchsetzung seiner politischen Hauptinteressen in den Formen des parlamentarischen Parteienstaats und auch in autoritären Modifikationsformen dieses politischen Herrschaftstyps nicht mehr möglich ist oder nicht mehr möglich zu sein droht und ihm die innenpolitische Kräftesituation den Übergang zur Errichtung seiner terroristischen Herrschaft erlaubt“. (Opitz 1999a: 189-204, hier 203).

Was ist aus Erhards Konzept geworden?⁴¹ Die von Erhard geforderten zwei Stunden unbezahlter Mehrarbeit pro Woche konnten abgewehrt werden. Mit der

⁴⁰ Hier kurz definiert als „terroristische Form der politischen Herrschaftsausübung des Monopolkapitals“ (Opitz 1999a: 203), genauer in Opitz 1974: 601: „Faschismus ist diejenige terroristische Form der politischen Herrschaft des Monopolkapitals, die alle politischen Organisationen, in denen sich objektive Interessen der nichtmonopolistischen Schichten artikulieren – also vor allem und in erster Linie die genuinen Organisationen der Arbeiterklasse – der Illegalisierung und Verfolgung aussetzt.“

⁴¹ Zum folgenden Absatz vgl. Fülberth 1983a: 67-86; Deppe 2021: 207-235; literarische Verarbeitung bei Erasmus Schöfer in den beiden ersten Bänden „Ein Frühling irrer Hoffnung“ (2001) und „Zwielicht“ (2004) des vierteiligen Epos „Die Kinder des Sisyfos“.

Reformära von 1969 bis 1974 gewann die bundesdeutsche Gesellschaft tatsächlich Einiges an Pluralität und Liberalität, was Erhard gerade hatte verhindern wollen. Der „Muff unter den Talaren“ wurde gelüftet, es wurde „mehr Demokratie“ gewagt. Die Deutsche Kommunistische Partei konnte 1968 gegründet werden. Die DDR wurde endlich beim Namen genannt, die Hallstein-Doktrin aufgegeben, eine neue Ostpolitik durchgesetzt. Das Wahlalter wurde von 21 auf 18 Jahre heruntersgesetzt, das Ehe- und Familienrecht modernisiert, die Paragraphen 175 und 218 ein wenig liberalisiert. Wichtige Teilerfolge konnten in der Arbeitswelt erkämpft werden: sechswöchige volle Lohnfortzahlung im Krankheitsfall auch für Arbeiter 1970, Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes 1972, des Personalvertretungsgesetzes 1974 und des Mitbestimmungsgesetzes 1976, Verkürzung der Wochen- und der Lebensarbeitszeit 1972/74. Die BRD schien lockerer und cooler zu werden, was sich auch ausdrückte im veränderten Outfit vor allem junger Menschen in der Öffentlichkeit und im Auftreten der nun langhaarigen Fußballer, die demonstrativ rauchten, Sportwagen fuhren und 1972 Europa- und 1974 Weltmeister wurden.

Allerdings wird in allen Bereichen weniger realisiert als von Studenten- und Arbeiterbewegung gefordert, weniger als aus demokratischer Sicht möglich und sinnvoll war. Nicht zu vergessen: Bereits 1965 hat der Bundestag ohne Änderung des Grundgesetzes sogenannte einfache Notstandsgesetze beschlossen, die es erlauben, den Zivilschutz zupackender zu praktizieren. Im Mai 1968 folgt trotz massiver Proteste die Einfügung der Notstandsoptionen in das Grundgesetz mit den Stimmen der ersten Großen Koalition (siehe Fülberth 1983a: 57 f. und 61 f.). Am 28. Januar 1972 einigt sich eine Ministerpräsidentenkonferenz unter Leitung des sozialdemokratischen Bundeskanzlers Willy Brandt auf den sogenannten Radikalenerlass, der zu etwa dreitausend Berufsverboten führt – zu 95 Prozent gegen Kommunisten.⁴² Am 11. September 1973 putscht in Chile das Militär mit Unterstützung der CIA gegen die demokratisch gewählte sozialistische Regierung Allende: eine faschistische Militärdiktatur sichert den von Friedrich Hayek und seinen Chicago Boys konzipierten Wirtschaftsliberalismus ab. In der BRD schwächt Kanzler Helmut Schmidt (SPD) seit 1974 die Reformpolitik ab und bedient zunehmend die Interessen des international agierenden Kapitals. Das „Strohfeuer“ revolutionärer Hoffnungen erlischt.⁴³ Die Aufrüstung des bundesdeutschen Repressionsapparats im Zusammenhang der Terroristenbekämpfung und der Niederschlagung der Umwelt- und Antiatomkraft-Proteste z.B. in Wyhl, Wackersdorf, Brokdorf, Gorleben und an der Startbahn West erstickt die Lockerheit der ersten Hälfte der 1970er Jahre. Mit den Regierungen Thatcher (1979), Reagan (1981) und Kohl (1982) endet ein

⁴² Siehe Dominik Feldmann u.a. 2019: Wer ist denn hier der Verfassungsfeind? Radikalenerlass, Berufsverbote und was von ihnen geblieben ist, Köln.

⁴³ So Immanuel Wallerstein, zit. nach Deppe 2021: 211.

widerspruchsvolles „linkes Jahrzehnt“⁴⁴. Es war nicht gelungen, die liberal-bürgerliche und die sozialistische „Kapitalismuskritik so zusammenzuführen, dass auf diesem Wege die Kraft für eine sozialistische Transformation entwickelt werden konnte.“ (Deppe 2021: 219). David Harvey nennt diese Vorgänge „Restauration bürgerlicher Klassenmacht“.⁴⁵ Die Entfesselung der Güter- und Finanzmärkte führt zu einem Konsumrausch und zu Rekordgewinnen an den Börsen.⁴⁶

Formierung der Gesellschaft richtet sich nach innen und außen. Sie verschärft in den 1980er Jahren gezielt die Krise der UdSSR und der sozialistischen Staatenwelt. Die Nato weiß aufgrund ihrer Analysen in den 1970er Jahren, dass die UdSSR eine defensive Außenpolitik betreibt und abrüsten will; genau deshalb eskaliert die Nato die Konfrontation mit der Sowjetunion, um den Sozialismus zu zerstören.⁴⁷ 1989/91 bricht die sozialistische Ordnung im östlichen Europa zusammen; der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus wird ausgebrems. Sofort setzen, angetrieben vom nordamerikanischen und westeuropäischen Monopolkapital, imperialistische Landnahme, Austeritätspolitik und Remilitarisierung ein. „Die Quittung für die Niederlage ist der Rückfall in die Barbarei, ist die prompte Aktualisierung der Periode der Weltkriege.“⁴⁸

Die rassistische Gewalt in Hünxe, Rostock und Mölln veranlasst die christlich-liberale Regierung unter Helmut Kohl (CDU) nicht, das Recht auf Asyl und die Rechte ausländischer Mitbürger zu stärken, sondern das Asylrecht zu entkernen. Am 26. Mai 1993 beschließt der Bundestag mit der erforderlichen Zwei-Drittel-Mehrheit mit den Stimmen der CDU/CSU, FDP und SPD die entsprechende Änderung des Art. 16 GG. Kritik in der SPD-Fraktion, von FDP-Abgeordneten, von den Grünen und der PDS wurde ebenso ignoriert wie die Proteste auf der Straße und Kritik mittels Offener Briefe.⁴⁹ Zutreffend stellt der Politikwissenschaftler Claus

⁴⁴ Frank Deppe 2025: Der Leviathan lebt. Vorabdruck, in: jW, 4.9.: 12 f.

⁴⁵ Vgl. David Harvey 2005: A Brief History of Neoliberalism, Oxford; David Harvey 2014: Das Rätsel des Kapitals entschlüsseln. Den Kapitalismus und seine Krisen überwinden, Hamburg; Clara E. Mattei 2025 [2022]: Die Ordnung des Kapitals. Wie Ökonomen die Austerität erfanden und dem Faschismus den Weg bereiteten, Berlin: 511 ff.; Deppe 2025: 13.

⁴⁶ Vgl. Deppe 2021: 236-242 und 256-58; Erwin Wagenhofer 2008: Let's make money. Filmdokumentation, Allegro.

⁴⁷ Siehe Lothar Schröter 2017: NATO jagt Roter Oktober. Die Ost-West-Studie der NATO 1978 – das strategische Handlungsdispositiv zum Sieg im Kalten Krieg, in: MB 3: 127-138.

⁴⁸ Wolf-Dieter Gudopp-von Behm 2005: Gescheitert? Annäherung an den politischen Realismus, in: Philosophie und Politik. Festschrift für Robert Steigerwald, hrsg. von Willi Gerns u.a., Essen: 402-416, hier 409.

⁴⁹ Dokumentation der Aufrufe von Pro Asyl „Flüchtlinge schützen! Wir sagen Nein zum Bonner Asylkompromiß“, des „Offenen Briefs an uns alle“ und des „Referendums Doppelte Staatsbürgerschaft“, in: Blätter 1993, Heft 2: 256, Heft 3: 373-384.

Leggewie damals fest, dass die Zerstörung der Demokratie von der bürgerlichen Mitte ausgehe, nicht von „Rändern“ und „Extremisten“.⁵⁰

Die ehemalige Arbeiterpartei SPD und die ehemalige Friedenspartei der Grünen stellen die Bundesregierung, als unter Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) – erneut gegen massive Proteste der Friedens- und Gewerkschaftsbewegung – mit Hilfe des völkerrechts- und Grundgesetz-widrigen Vorgehens gegen Restjugoslawien 1998/99 die Außenpolitik remilitarisiert und mit den Hartz-Gesetzen zu Beginn der 2000er Jahre der größte Sozialabbau in der Geschichte der BRD betrieben wird. Die gleiche Regierung unterstützt auch die Nato-Osterweiterung, an der seit 1993 gearbeitet wurde, nicht, weil Russland so bedrohlich gewesen wäre, sondern weil es schwach und wehrlos war. Der US-amerikanische Diplomat George F. Kennan hat dies wie Henry Kissinger, Robert McNamara, Vladimir Pozner und andere als großen Fehler bezeichnet, weil die Ausdehnung der Nato in Richtung Russland eine unnötige Provokation des wiederholt aus dem Westen überfallenen Landes darstelle.⁵¹

Die Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/09 erweist sich als neuerliche systemische Übergangskrise des Monopolkapitalismus.⁵² Die ökonomisch-ökologische Zangenkrise wird verschärft, die Krisenprozesse verdichten sich und stellen die Legitimation der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie zunehmend in Frage.⁵³ Während der Suche nach einem neuen Kapitalismustyp geht die Formierung der bürgerlichen Gesellschaft weiter, scheinbar neoliberal, de facto „illiberal und antisozial“ wie seit Erhard eine „rücksichtslose Klassenherrschaft der Kapitaleigner“.⁵⁴

Die Corona-Pandemie 2020/21 wird nicht nur für schnelle Gewinne genutzt, sondern auch für eine temporäre, testweise Suspendierung von Freiheitsrechten

⁵⁰ Claus Leggewie 1993: Die Erosion der deutschen Demokratie aus ihrer Mitte heraus, in: Blätter 5: 557-568.

⁵¹ Vgl. George F. Kennan 1997: A Fateful Error, in: New York Times, 5.2., unter: <https://www.nytimes.com/1997/02/05/opinion/a-fateful-error.html> (Aufruf 17.3.2022); Winfried Wolf 1999: Bombengeschäfte. Zur politischen Ökonomie des Kosovo-Krieges, Hamburg; Joachim Hösler, Norman Paech, Gerhard Stuby 2000: Der gerechte Krieg? Neue Nato-Strategie, Völkerrecht und Westeuropäisierung des Balkans, hrsg. von Johannes Klotz, Bremen; Joachim Hösler 2022: Zu Russlands Transformation, Geschichtspolitik und Imperialismus, in: Beilage der MB 4: 13-23, hier 14 f.; Günter Verheugen, Petra Erler 2024: Der lange Weg in den Krieg. Russland, die Ukraine und der Westen – Eskalation statt Entspannung, München: 61-74.

⁵² Vgl. Harvey 2014: 9 ff.; Frank Deppe 2016 [2010]: Politisches Denken im 20. Jahrhundert, Band 4: Übergang ins 21. Jahrhundert, Hamburg: 55 ff. Georg Fülberth 2023: Null KP, alles Kapitalismus? In: MB 5/6: 75-81, hier 77; sehr erhellend zu den Krisen des Monopolkapitalismus auch Georg Fülberth im Podcast Kommunistenkneipe Mitte Juli 2025 unter dem Titel „Immer nur Krise“ <https://www.youtube.com/watch?v=SSKQqchoehs> (Aufruf am 12.10.25).

⁵³ Deppe 2021: 266-68; Klaus Dörre 2022 [2021]: Die Utopie des Sozialismus. Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution, Berlin: 59-63; Frank Deppe 2023: Zeitenwenden? Der „neue“ und der „alte“ Kalte Krieg, Hamburg: 7-10.

⁵⁴ Hans Heinz Holz 1997: Neoliberalismus – Falschmünzerei im Begriff, in: Topos 9: 77-96, hier 95; vgl. Frank Deppe 2016 [2006]: Politisches Denken im 20. Jahrhundert. Band 3.1: Im Kalten Krieg – Konfrontation der Systeme, Hamburg: 240 ff.; Mattei 2025: 525 ff.

und vor allem für die dauerhafte Reduzierung demokratischer Spielräume. Dabei geht es weniger um eine quantitative Veränderung, sondern vielmehr um eine Infragestellung des Demokratiebegriffs des Grundgesetzes, wonach alle Staatsgewalt vom Volk ausgeht (Art. 20 GG). Ohne Bundestagsdebatte und ohne Bundesgesetz hat das Bundesamt für Verfassungsschutz sich mit dem neuen Arbeitsbereich „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“ ein Instrument geschaffen, um öffentliche Kritik an Repräsentanten, Institutionen und Anordnungen des Staates zu sanktionieren. Willkürlich wird behauptet, diese oder jene Kritik gehe zu weit, diese oder jene Verhaltensweise stehe „im Widerspruch zu den elementaren Verfassungsgrundsätzen wie dem Demokratie- oder dem Rechtsstaatsprinzip“. Es obliegt dem Bundesamt für Verfassungsschutz, das von ihm definierte „Delegitimierungsspektrum“ willkürlich zu erweitern.⁵⁵ Die am 4. Dezember 2022 vollzogene Änderung von § 130 StGB zur Volksverhetzung gibt dem Repressionsapparat ein Mittel in die Hand, nonkonforme Positionen z.B. zum Krieg in der Ukraine oder zur Lage in Gaza mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren zu bestrafen. Um es deutlich zu sagen: es geht um die Androhung von Freiheitsstrafen für z.B. pazifistische, humanistische, antimilitaristische, antiimperialistische, Grundgesetz- und Völkerrechts-konforme Positionen wie sie auch von UN-Repräsentanten und Hochschuldozenten – die Universität gilt eigentlich als *der* Raum für Kontroversen! – vertreten werden. Der Illiberalismus sei auf dem Siegeszug, warnen Anfang 2022 die US-amerikanischen Politikwissenschaftler Alexander Cooley und Daniel H. Nexon; sie imaginieren zwar, wie es sich inzwischen gehört, auch eine Bedrohung durch autoritäre Akteure von außen, warnen aber – wie Claus Leggewie 1993 – insbesondere, die liberale Demokratie verrotte von innen.⁵⁶

Seit Beginn des Krieges Russlands gegen die Ukraine im Februar 2022 stellen die Vertreter und Nutznießer des deutschen Monopolkapitalismus die seit Beginn der 1970er Jahre hochgehaltene monetaristische Ideologie hintan und suchen ihr Heil ähnlich wie zu Beginn der 1930er Jahre im Rüstungskeynesianismus, verbunden mit Austerität und Repression.⁵⁷ Es wirkt, als würden die Damen und Herren an den Schalthebeln der Macht glauben, hier den neuen Typ kapitalistischer Reproduktion gefunden zu haben, nach dem seit 2009 gesucht wird. In der FAZ wird geschwärmt, wie die Aufrüstung gelingen und sie das Wirtschaftswachstum ankurbeln könne; als vorteilhaft wird angesehen, dass in der Stahl- und

⁵⁵ Siehe https://www.verfassungsschutz.de/DE/themen/verfassungsschutzrelevante-delegitimierung-des-staates/begriff-und-erscheinungsformen/begriff-und-erscheinungsformen_artikel.html (Aufruf 30.12.2025); vgl. Stefan Goertz 2022: Extremismus – Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates, unter: <https://www.kas.de/de/web/extremismus/verfassungsschutzrelevante-delegitimierung-des-staates> (Aufruf 30.12.2025) – ich danke Jürgen Lloyd für den Hinweis auf diesen Vorgang.

⁵⁶ Alexander Cooley, Daniel H. Nexon 2022: Der Siegeszug des Illiberalismus. Wie die Demokratie ihren Feinden in die Hände spielt, in: Blätter 2: 65-80.

⁵⁷ Klaus Weber 2022: Formierung 2.0. Vorabdruck, in: jW, 10.10.: 12 f.; Deppe 2023: 10-31; Willy Sabautzki 2025: Reine Klassenpolitik, in: MB 4: 13 f.

Automobilbranche so „viele Fachkräfte freigesetzt“ würden; es müsse aber auch dafür gesorgt werden, „ein akutes Krisengefühl“ aufrecht zu erhalten; gar nicht auszudenken, „was passiert, wenn das Thema mit einem Waffenstillstand in der Ukraine fürs Erste auf der Prioritätenliste nach unten rutscht?“⁵⁸ Der „Ukraine-Krieg wirkt [...] als mächtiger Beschleuniger der Formierung des Bündnisses westlicher Staaten“, in dem die EU an Bedeutung gewinnen und Deutschland zur Nummer 1 in der Nato und in der EU werden soll (Deppe 2023: 85). Eine entsprechende Strategie „für Verteidigungswirtschaft, Technologieführerschaft und Wachstum“ haben vier bekannte Befürworter von Aufrüstung und Sozialabbau Anfang November 2025 vorgelegt. Dem darin enthaltenen Arbeitsplan liegt die Idee zugrunde, Rüstungsinvestitionen als „Katalysator für Innovation, hochqualifizierte Arbeitsplätze und technologische Souveränität in Schlüsselindustrien“ anzusehen; die Neuausrichtung auf das Militärische sei die „Voraussetzung für Kriegsverhinderung, Friedens- und Wohlstandssicherung, Deeskalation und gestaltende Handlungsfreiheit in allen grundlegenden Herausforderungen wie Sicherheit, Klimaschutz und Ressourcenverteilung“.⁵⁹ Wie die zuletzt genannten Ziele wirklich zu erreichen sind, ist im „Memorandum 2025“ der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik nachzulesen.⁶⁰

Formierung und Faschisierung

Meine zusammenfassende These lautet: Die Entwicklung seit Mitte der 1960er Jahre, streng genommen seit 1943, kann als Formierung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft in Deutschland begriffen und beschrieben werden. Dabei wurden vormals systemkritische Kräfte wie z.B. die SPD und die Grünen integriert.

Warum 1943? Die BRD ist ähnlich wie die Weimarer Republik „das Ergebnis einer unvorhergesehenen Panne“ monopolkapitalistischer Politik (Opitz 1999a: 35). Aber die zweite bürgerliche Demokratie Deutschlands haben Vertreter des Großkapitals zusammen mit Repräsentanten der NSDAP und der SS seit 1943 konzipiert und seit Herbst 1945 mit Unterstützung der Truman-Regierung und alten Nazis als antikommunistischen Frontstaat realisiert.⁶¹ Mit der Teilung

⁵⁸ Ralph Bollmann, Anna Sophie Kühne 2025: So gelingt die Aufrüstung, in: FAZ, 25.2.

⁵⁹ Nico Lange, René Obermann, Joachim von Sandart, Moritz Schularick 2025: Eine neue Strategie für Verteidigungswirtschaft, Technologieführerschaft und Wachstum, 5.11., o.O.; vgl. René Obermann 2025: „Wir sollten uns gegenüber unseren Soldaten schämen“. Airbus-Chef aufseher René Obermann entwirft ein Konzept für moderne Wehrbeschaffung, in: Oberhessische Presse (im Folgenden OP), 24.6.: 19.

⁶⁰ Memorandum 2025: Mehr Demokratie – Weniger Kapitalmacht!, hrsg. von der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Köln.

⁶¹ Vgl. dazu die Anweisungen des Außenministers Joachim von Ribbentrop vom 5.4.1943 und die Denkschrift von Richard Riedl von Herbst 1944 zur Konzeption einer europäischen Einigung mit Deutschland als „Fahnenträger“, dokumentiert bei Reinhard Opitz (Hrsg.) 1994 [1976]: Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945, Köln: 954-956 und 990-1007; Konrad Adenauer 1945: Schreiben an den Oberbürgermeister von Duisburg, Weitz, 31. Oktober, in: Konrad Adenauer 1965: Erinnerungen 1945-1953, Stuttgart: 39 f.; Opitz 1999a: 468 und 573.

Deutschlands haben sie erfolgreich das Konzept der KPD für eine antifaschistisch-demokratische Neuordnung verhindert, das nur in einem einheitlichen Deutschland umsetzbar war. In der mit Angstpropaganda, Repression und Gewalt durchgesetzten Gründung der Bundeswehr und Einführung der Wehrpflicht unter Konrad Adenauer drückt sich der erste große Schritt der Formierung aus, zugleich die zweite große Niederlage der KPD nach der Teilung Deutschlands. Dabei wurde am 11. Mai 1952 der 21jährige Kommunist Phillip Müller von einem Polizisten, der straffrei ausging, hinterrücks erschossen.⁶² Im Verbot der KPD 1956 manifestiert sich der nächste Formierungsschritt, die dritte Niederlage der KPD.

„Mit der Schließung der DDR-Grenze 1961 war Konrad Adenauers ‚Politik der Stärke‘ gescheitert.“⁶³ Die USA arrangiert sich vorerst mit dem Status Quo in Europa; Ludwig Erhard startet mit seinem Konzept der Formierten Gesellschaft einen neuen Anlauf, um den bei der Gründung der BRD nicht vermeidbaren antifaschistisch-demokratischen Überschuss abzubauen. Wie oben skizziert, scheint dies zunächst gründlich schief zu gehen. Durch den „Übergang zum globalen Finanzmarktkapitalismus“ (Deppe 2021: 269) sowie die kapitalistische Integration der SPD und der grün-alternativen Kräfte, die sich aus Sicht des Monopolkapitals erfreulich antikommunistisch zeigen, nimmt die Formierung der Gesellschaft seit der zweiten Hälfte der 1970er Jahre wieder Fahrt auf und zeitigt Ergebnisse, von denen Ludwig Erhard kaum zu träumen gewagt hatte.

Droht nun also Faschismus? Im gleichen Text, in dem Opitz 1965 schreibt, das Formierungskonzept sei „kein Nationalsozialismus“, warnt er vor einer jetzt klügeren Großmachtpolitik im Kapitalinteresse, das über Europa hinausweise, und vor einer total durchorganisierten Gesellschaft, in welcher der Mensch „zum marktwirtschaftlichen Manipulationsobjekt nicht nur in seiner sozialen, sondern auch in seiner bewußtseinsmäßigen Existenz“ werde. „Humanismus, Demokratie, der soziale und liberale Gedanke hätten in dieser betriebsmäßig disziplinierten Gesellschaft, in der die Struktur der einstigen ‚Deutschen Arbeitsfront‘ unter dem Namen ‚weiterentwickelte Demokratie‘ [heute vielleicht deliberative Demokratie, J.H.] zum durchgängigen Organisationsprinzip geworden wäre, keinen Platz mehr.“ (Opitz 1965: 772-775).

Ja, Faschismus droht. Aber nicht durch die AfD als Gegner der „Altparteien“, sondern durch eine Fortsetzung der von Unionsparteien, SPD, FDP und Grünen seit Langem betriebenen Formierung, die in absehbarer Zeit auf die AfD als Reserve für eine Eskalation in Richtung radikalisierten Konservatismus zurückgreifen wird. Dieser stellt ebenfalls keinen Faschismus dar, aber das Eis, auf dem wir uns bewegen, würde dünner werden. „Alles, was von dieser Mitte gemacht wird (die ‚Reformen‘), geht auf mehr Entmündigung hinaus – damit aber

⁶² Siehe dazu <https://www.deanreed.de/AmericanRebel/2017/2017/05/11/3074/> (Aufruf 4.1.25).

⁶³ Georg Fülberth 2019: 1969 – Genosse Trend, in: Der Freitag, 19.9.

auf mehr Rechtsauftrieb, so daß der Eskalationsprozeß immer rasanter wird“, so Opitz im Jahr 1969 mit bemerkenswerter Aktualität (zit. Opitz 1999a: 137).

Die „akut faschismusträchtige Situation“ (Opitz 1974: 588) trete nicht erst ein, wenn der Kapitalismus gefährdet sei. Die Grenze, an der die parlamentarische Demokratie von den ersten Fraktionen des Monopolkapitals in Frage gestellt werde, liege weit davor. Sie werde dort erreicht, wo „sich die notwendige Mehrheitsgefolgschaft für einen [...] Krieg oder für das Verbleiben in einem bestimmten Militär- und Wirtschaftsbündnis oder [...] für bestimmte Reformen der Wirtschafts- und Steuergesetzgebung [...] absehbar nicht mehr wird aufbringen lassen.“ (ebd.: 585). Wenn also alle Instrumente der monopolkapitalistischen Integration versagt haben (ebd.: 588).

Anders als Ende der 1920er/Anfang der 1930er Jahre sieht sich das deutsche Monopolkapital heute weder mit einer starken sozialistischen Bewegung innerhalb des Landes noch mit einem großen sozialistischen Staat in Osteuropa konfrontiert.⁶⁴ Anders als 1933 wird ein vom MIK begrüßter Krieg bereits geführt, die Außenpolitik ist seit Langem militarisiert, Hochrüstung und Sozialabbau sind in vollem Gange und für weitere Jahre eingeplant.

Mit der AfD bietet sich eine Reserve, diese Politik fortzusetzen, wenn es demnächst bei Regierungsbildungen eng wird. Der Bundeskanzler gilt als angezählt. Der Präsident des Bundeskriminalamtes Holger Münch warnt noch vor einer Regierungsbeteiligung der AfD, weil er sensible Daten gefährdet sieht.⁶⁵ Der Fraktionsvorsitzende der CDU, Jens Spahn, und die Chefin der Lobbyorganisation „Die Familienunternehmer“, Marie-Christin Ostermann, kritisieren dagegen die sogenannte Brandmauer und plädieren für eine Normalisierung im Umgang mit der AfD, mit Opitz gesprochen: für ihre kapitalistische Integration.⁶⁶ In der FAZ werden die Fülle ungelöster Probleme und die rekordverdächtig schlechten Umfragewerte des Kanzlers offen ausgebreitet und angedacht, wie lange die Regierung unter Merz noch hält, wann und wie Optionen mit der AfD anzusteuern wären; nicht ausgeschlossen wird die „Notifikation struktureller Regierungsunfähigkeit der politischen Mitte“.⁶⁷ Auf die internationale Bühne wird

⁶⁴ Der Sozialismus stelle zu Beginn des 21. Jahrhunderts keine Gefahr für das Kapital dar, so Joseph Stiglitz 2024: *Road to Freedom. Economics and the Good Society*, New York.

⁶⁵ Die Zeit vom 29. Dezember 2025.

⁶⁶ Markus Decker 2025: Die Union streitet über ihr Verhältnis zur AfD, in: OP, 20.10.: 12; Johanna Apel 2025: Die Wirtschaft sucht ihre Haltung zur AfD, in: OP, 25.11.: 19; Felix Huesmann 2025: Ein Verband lässt die Brandmauer zur AfD bröckeln, in: OP, 28.11.: 21.

⁶⁷ „Mehr als drei Viertel der Befragten (76 Prozent) sind sieben Monate nach der Amtsaufnahme des Kanzlers unzufrieden mit seiner Arbeit. Für diesen Wert hatte der unglückliche Olaf Scholz mehr als zwei Jahre regieren müssen“, spottet Jochen Buchsteiner 2025: Klarheit des Wortes, Nebel der Tat, in: FAS, 28.12: 3; vgl. Ralph Bollmann 2025: Das Jahr der Entscheidungen, in: FAZ.NET, 28.12.

die AfD mit der erneuten Einladung zur Münchner Sicherheitskonferenz schon zurückgeholt.⁶⁸

Eskalation der Formierung mit der AfD in Richtung eines radikalisierten Konservatismus ließe mehr Aufrüstung und Sozialabbau, stärkeres Ausbremsen der Umwelt- und Klimapolitik, mehr Repression mittels Berufsverboten, Demonstrations- und Veranstaltungsverboten erwarten, um Proteste gegen die zunehmenden Widersprüche und Probleme zu unterdrücken. Hinsichtlich des politischen Systems wäre eine weitere Stärkung der Exekutive auf Kosten der Legislative zu erwarten; in der parlamentarischen Demokratie der BRD, die auch als Kanzlerdemokratie gilt, würde der Kanzler im Machtzentrum gestärkt werden. Vorstellbar ist auch die stärkere Nutzung der Ministerpräsidentenkonferenz als demokratisch nicht legitimierte Entscheidungszentrum jenseits des Bundestages. Zu erwarten wären weitere Grundgesetzänderungen, um das antifaschistische Erbe der Verfassung zu schwächen (z.B. Art. 14, 3 Enteignung, Art. 15 Verstaatlichung).

In den USA wird die präsidentielle Demokratie mit den Methoden des radikalisierten Konservatismus transformiert zu einer Präsidialdiktatur, die nach innen signifikant repressiver, nach außen signifikant aggressiver agiert als die vorangegangenen Regierungen. Getragen wird dieser neue Typ bürgerlicher Herrschaft von den IT-Konzernen, vom MIK und Finanzkapital, so Frank Deppe. Georg Fülberth nennt das „Plutokratie mit Massenbasis“, denn die Superreichen „ergreifen mehr oder weniger direkt die politische Macht“: ihr Regieren sei „ökonomisch gekennzeichnet durch ultra-liberalistischen Marktradikalismus, politisch durch noch direkteren Zugriff der wirtschaftlichen Eliten auf die Staatsapparate, dynamisiert durch völkische Ressentiments“, getragen von der fundamentalistischen, evangelikalen MAGA-Bewegung.⁶⁹

Auch auf die Linkspartei wird Druck ausgeübt, um sie kapitalistisch zu integrieren. Zwei Netzwerke haben sich in der Partei gegründet, um sie mittels einer „programmatischen Erneuerung“ regierungsfähig zu machen.⁷⁰ Wir wissen von Johannes Agnoli, dass das parlamentarische „Nein“ und die taktische Enthaltung den Weg ebnen zum konstitutionellen, systemkonformen „Ja“, wenn eine parlamentarische Fraktion nicht von einer starken, progressiven außerparlamentarischen Bewegung unterstützt wird.⁷¹

⁶⁸ Michael Fischer 2025: AfD nach Ausschluss wieder dabei, in: OP, 30.12.: 14; Philip Tassev 2025: AfD wieder erwünscht, in: jW, 31.12.25/1.1.26: 4.

⁶⁹ Vgl. Frank Deppe 2025: Kampf gegen den Abstieg – Trumps autoritärer Etatismus, in: Z 141 (Vorabdruck); Georg Fülberth 2025: Plutokratie mit Volksmassen, in: Konkret 4: 25; Georg Fülberth 2025a: Antifaschistische Wirtschaftspolitik? Vielleicht schon zu spät, in: Lunapark21 67: 6 f.

⁷⁰ Dafür seien selbstverständlich sozialistische Tradition, „Appeasementpolitik“ gegenüber Russland, Solidarität mit Palästinensern usw. aufzugeben. Siehe Nico Popp 2025: Wieder Kurs auf „Rot-Rot-Grün“, in: jW, 26.9.: 4.

⁷¹ Vgl. Johannes Agnoli, Peter Brückner 1968: Die Transformation der Demokratie, Frankfurt: 10 ff.; Michael Hewener (Hrsg.) 2025: Johannes Agnoli oder: Subversion als Wissenschaft, Berlin; Daniel

Wird also die Formierung erfolgreich verlaufen und die akut faschismusträchtige Situation ausbleiben? Problem und Chance für das demokratische Potential in der Gesellschaft, für alle, deren Interessen und Lebenswünsche der Klassenkampf von oben verletzt, besteht nach Opitz darin, dass die „Formierung auf friedlichem Wege [...] wegen der dem Kapitalismus oder dem Rentabilitätsprinzip selbst innewohnenden unaufschiebbaren Widersprüche“ immer „Utopie“ bleiben müsse. „Der Kapitalismus kann gerade durch Formierung immer nur die Ungleichheit vergrößern. Er kann die Widersprüche [...] immer nur auf Kosten der Lohnabhängigen überbrücken, so daß der Weg in die Formierung der Weg in wachsende Widersprüche gerade dann ist, wenn die Formierung erfolgreich verläuft.“ (Opitz 1999a: 132). Formierung heißt also Zunahme sozialer Probleme, politischer Konflikte, Erstarken von Nationalismus und autoritären Denkweisen. Die Annahme von Opitz, dass das faschistische Potential schneller wachsen werde als das demokratische, hat sich nach 1990 in dramatischer Weise bestätigt.⁷² Im Ergebnis zögert Formierung Faschismus hinaus und macht ihn zugleich immer wahrscheinlicher: „der offene, brutale Faschismus verzögert sich in dem Maße [...], in dem ihm das Vorankommen in der friedlichen Formierung gelingt [...]; der freiwillige Weg in die Formierung führt also erst recht an den Umschlag in offenen Faschismus heran.“ Umso wichtiger sei es, den Unterschied zwischen Formierung und Faschismus klar zu sehen, also die Politik der Formierung „als etwas zu erkennen, was eine zunehmende Eskalation zum Übergang in die systemgewordene Gewalt, den Faschismus, bewirkt und deshalb nicht bekämpft werden kann unter der Devise, das Gegenwärtige sei bereits der faktische Endzustand, sondern nur von der nüchternen Devise aus, daß es gesetzmäßig zu ihm hinführt, wenn es nicht grundlegend geändert wird.“ (Opitz 1999a: 138-140).

Für entscheidend hält Opitz die Frage, welchen Protest das demokratische und das faschistische Potential entfalten. Unschwer erkennbar, wie notwendig es heute ist, die Formierung klar zu erkennen, zu kritisieren und zu stoppen. Dafür sehe ich mindestens drei Bedingungen des Gelingens: Erstens den Abbau der Spaltungen unter Linken und die Stärkung der Aktionseinheit. Zweitens das Benennen, Bewerben und Durchsetzen einer antifaschistischen Wirtschafts- und Sozialpolitik von unten.⁷³ Drittens die Stärkung der Friedensbewegung, um die

Bratanovic 2025: Wahlzettel statt Gewehrkeule, in: jW, 22./23.2.: 10; Daniel Bratanovic 2025a: Noch lange nicht am Ende, in: jW, 26.3.: 13. – Im Podcast Kommunistenkneipe erklärt Michael Hewener unter dem Titel „Johannes Agnoli oder der Staat des Kapitals“ sehr gut nachvollziehbar Leben und Werk Agnolis: https://www.youtube.com/watch?v=76hazT5Z_gU (Aufruf am 29.10.25).

⁷² Vgl. Opitz 1999a: 128-134; Weber 2018.

⁷³ Eine solche Politik verlangt eine Beendigung der Umverteilung gesellschaftlichen Vermögens von unten nach oben, die Wiedereinführung einer wirksamen Vermögenssteuer, die höhere Besteuerung großer Erbschaften, die Kürzung der Rüstungsausgaben, Sonderausgaben für Sanierung und Neubau von Wohnungen, Investitionen in Umweltschutz, Verkehrswende und zivile Infrastruktur, das Ende der „Abschiebeoffensive“ und Erhöhung der Attraktivität Deutschlands auch als Einwanderungsland. Vgl. dazu die programmatischen Aussagen der Marburger Linken zur Kommunalwahl 2026 unter: <https://marburger-linke.de/brauner-kack-im-schwarz-rot-goldenen-frack>

Hochrüstung zu stoppen und den Frieden – zunächst in Europa – wiederherzustellen und zu bewahren. Antifaschismus heute heißt im Wesentlichen, die Formierung der Gesellschaft zu kritisieren, die Mitverantwortung der bürgerlichen Parteien dafür zu benennen und in erster Linie für Abrüstung und Frieden zu kämpfen, um die Grundvoraussetzung einer progressiven gesellschaftlichen Gesamtentwicklung herzustellen. Dies wirft unweigerlich die Frage der Macht und der Eigentumsverhältnisse auf.⁷⁴ Es gilt dabei, sich in einem Denken und Handeln dergestalt zu üben, dass „nichts von seinen Methoden und Inhalten integrationsfähig ist im bestehenden System.“ Es kommt darauf an, „die Existenz und die Notwendigkeit eines ‚Außen‘ in die gesellschaftlichen Verhältnisse einzuschreiben.“⁷⁵

(Aufruf 28.11.25); Memorandum 2025: 115 ff.; Fülberth 2025a: 6-7; Sabine Nuss 2026: „Make eggs cheap again!“ Möglichkeiten und Grenzen antifaschistischer Wirtschaftspolitik, in: Luxemburg 1: 70-73; Carla Reemstma, Tom Krebs, Ines Schwerdtner 2026: Gespräch – Antifaschistische Wirtschaftspolitik: ein geeigneter strategischer Begriff gegen die Faschisierung? In: Luxemburg 1: 74-81.

⁷⁴ Wolf-Dieter Gudopp von Behm 2020: Die Welt verändern! Beilage der MB 1: 12.

⁷⁵ Karl-Heinz Dellwo 2023: Rien ne va plus? Möglichkeiten heutiger Politik, in: Lunapark21 61: 22-26, hier 26.